

Schavan: „Willkommen im Club!“

Interdisziplinär – aber nicht interfraktionell: Keine Verständigung auf gemeinsame Ziele in der schulischen Hochbegabtenförderung Baden-Württembergs

TM./ **Ausschnitte** in der Reihenfolge der Redner aus der 63. Plenarsitzung des baden-württembergischen Landtags am Donnerstag, den **5. Februar 2004** von 13Uhr45 bis ca. 14Uhr50 zu Punkt 3 der Tagesordnung **„Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Hochbegabtenförderung und -Beratung – Drucksache 13/1808 sowie Antrag der CDU und FDP/ DVP Drucksache 13/2884“**.

Abgeordneter Dr. Walter Caroli SPD u. a.: *Dr. Caroli zeigte sich verwundert, dass die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zum interdisziplinär angelegten SPD-Antrag zur Hochbegabtenförderung in Baden-Württemberg zunächst, weil Minister Frankenberg unterzeichnet hatte, den Anschein erweckte, als ob Hochbegabtenförderung ausschliesslich eine Frage der Wissenschaft und der Hochschulen sei. Tatsächlich ginge es aber um ein Netzwerk der effektiven Förderung der Hochbegabung, so Dr. Caroli, und darum, dass hochbegabte Kinder und deren Eltern endlich eine adäquate Beratung in Baden-Württemberg erhalten.*

Gebraucht werde eine Förderpraxis, die die Kinder in ihrer gewohnten Umgebung belässt. Darüber hinaus werden in der Fläche die bereits angesprochenen Schwerpunktschulen und Leistungszentren gebraucht. Gebraucht werde auch eine universitäre Forschungsstelle zur Hochbegabung. Am dringendsten aber sei eine zentrale Beratungsstelle für Eltern, Lehrer und Schüler als wichtigste Anlaufstelle. Es sei unverständlich, dass die universitäre Forschungsstelle in Ulm aufgegeben wurde ohne adäquaten Ersatz anzubieten. „Mit dem Vergeuden von Begabungen sollte Schluss gemacht werden!“

Abgeordneter Dr. Klaus Schüle CDU u. a.: *Die SPD-Fraktion nehme das Auslaufen der Landesfinanzierung für die Beratungs- und Forschungsstelle in Ulm offenbar zum Anlass, die These „Das Land tut zu wenig für die Hochbegabten“ erneut auf den Tisch zu bringen. Genau das Gegenteil sei jedoch der Fall. Er führte dazu drei Punkte an: Das Konzept der Landesregierung sei viel breiter angelegt, als dies im SPD-Antrag zu erkennen sei: Dazu gehörten erstens die weiterführenden allgemein bildenden und beruflichen Schulen Baden-Württembergs mit dem Programm Förderung besonders befähigter Schülerinnen und Schüler mit derzeit 420 Arbeitsgemeinschaften für derzeit ca. 4300 Schüler. Dazu kämen schulübergreifende Einrichtungen, Schülerwettbewerbe, Jugend- und Kinderakademien, das SFZ Bad Saulgau, der Tag der Musik. Die SPD-Kritik wäre deshalb unverständlich.*

Zweitens sei die Finanzierung der Beratungs- und Forschungsstelle an der Universität Ulm von Anfang an zeitlich befristet gewesen. Es sei dem Institut jedoch gelungen, eine Anschlussfinanzierung über Honorare und Spenden für 2003 sicher zu stellen und es solle Herrn Prof. Ziegler und seinen Mitarbeitern Dank für diese Leistung ausgesprochen werden.

Und drittens ginge die SPD-Fraktion hier etwas starr vor: Bei 1,2 Mio. Schülern, davon 25000 mit einem IQ von über 130, eine flächendeckende Förderung zu erwarten, das sei ein schematisch etwas starrer Ansatz, der der Wirklichkeit nicht gerecht werde. Es komme nicht allein auf den Intelligenzquotienten an, sondern u. a. auch auf die Motivation und individuelle Begabungen. Und die derzeit vorliegenden Konzepte würden hierzu gute Arbeit leisten. Zu diesem Konzept gehöre auch das Hochbegabtingymnasium mit Internat in Schwäbisch Gmünd und die dortige Bündelung von Beratungskompetenzen. Alle Parteien und Fraktionen seien nun aufgefordert, sich hinter dieses Projekt zu stellen.

Abgeordneter Ernst Pfister FDP u. a.: *Der FDP-Vorschlag sei, diese zentrale, bündelnde Anlauf- und Beratungsstelle möglichst am Hochbegabtingymnasium in Schwäbisch Gmünd anzusiedeln. Er halte Spezialschulen oder Spezialklassen für notwendig, auch wenn dies vielleicht nicht der Königsweg sei. Eine Langzeitstudie von Rost-Marburg/Hessen gebe an, dass ca. 10-15 Prozent der Hochbegabten eine psychologische Beratung bräuchten. Lt. Dr. Stapf würden auch 50% der Hochbegabten in der Schule nicht erkannt, also würden bei weitem auch nicht allen Hochbegabten entsprechende Angebote gemacht. Die Schaffung einer zentralen Anlauf- und Beratungsstelle in Schwäbisch Gmünd könnte dem abhelfen. Das sei auch der Sinn des FDP-Antrags. Er bitte die Abgeordneten um ihre Zustimmung dazu.*

Abgeordnete Renate Rastätter GRÜNE u. a.: *„Die schulische Förderung von schwächeren Schülerinnen und Schülern und die Förderung von besonders befähigten und schnellen Schülerinnen und Schülern sind zwei Seiten einer Medaille. Das gehört zusammen.“ Die GRÜNEN wollten keine Spezialschulen, keine „Sonderschulen“ für Hochbegabte.*

Auf die Zwischenfrage des Abg. Pfister, was sie eigentlich unter „hochbegabten Schülern“ verstehe, erklärt sie, es seien diejenigen, die, lt. Definition des KM, bei einem Intelligenztest mit einem Intelligenzquotienten von mindestens 130 abschneiden. Sie betonte, dass ja bekannt sei, dass selbst Frau Müller, die Vorsitzende des LVH, diese Spezialschulen ablehne. Rastätter zitiert aus

der LVH-Pressemitteilung vom 6. Mai 2002, dass der LVH solche Schulen für „bildungspolitisch unklug, wissenschaftlich unbegründet und menschlich nicht nur für Schülerinnen und Schüler mit hohem IQ für diskriminierend halte, sondern auch für die staatlichen Lehrkräfte.“

Rastaetter forderte, nicht die hoch begabten Schüler müssten integrationsfähig sein, sondern die Schulen müssten so integrationsfähig werden, dass sie auch solche Schüler integrieren und fördern können.

Es müsse auch keine neue Anlaufstelle geschaffen werden, denn es gebe bereits eine Anlaufstelle für Hochbegabte an der Universität Ulm. Und es sei ein Armutszeugnis der Landesregierung, dass diese Anlaufstelle seit Ende 2002 nicht mehr finanziert werde. Zur Aussage des Abgeordneten Dr. Schüle, die Anlaufstelle werde doch durch Spenden finanziert, fragte sie bei Dr. Schüle nach: „Wissen Sie, wie diese Spenden aussehen? Schauen Sie sich einmal die homepage dieser Anlaufstelle an!“ Diese ‚Spende‘ von 230 EUR werde für die Diagnostik von Kindern erwartet. Damit könnten nur Eltern solche Angebote in Anspruch nehmen, die sich dies auch leisten können. Es handle sich jedoch um eine Pflichtaufgabe des Landes, diese Einrichtung zu finanzieren. Abschliessend lehnte sie es ab, dem Antrag der CDU/FDP/DVP zuzustimmen und forderte die Aufrechterhaltung der interdisziplinären universitären Forschungsstelle in Ulm, mit einem Service- und Fortbildungsangebot für Schulen, Lehrkräfte und Eltern.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Dr. Annette Schavan CDU u. a.: Für die allermeisten hochbegabten Jugendlichen bedürfe es überhaupt nicht eines eigenen Ortes. Für einen Hochbegabten sei es aber wichtig, einen anderen Hochbegabten zu treffen, weil sich dann die eigene Hochbegabung relativiere. Es sei hier also überhaupt nur ein kleiner Prozentsatz angesprochen, um den es im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Hochbegabtenerschule gehe.

Ein solcher Schulstandort sei eine Frage der Gerechtigkeit dann, wenn Eltern mit ihren Kindern und Kinder mit ihren Eltern Probleme haben und nicht mehr miteinander könnten. Und auch: „Wir wissen, dass viele Eltern ihre Kinder bislang in eine Schule in einem anderen europäischen Land schicken.“ Es habe viele Anfragen betroffener Eltern gegeben. Fachleute würden auch sagen, dass es in immer mehr Familien mit hochbegabten Kindern auch soziale Probleme gebe. Die Ministerin halte es für wichtig, jetzt einen solchen Schulstandort zu schaffen, mit einem Internat, mit einem eigenen Begabtenförderkonzept, und mit einem Kompetenzzentrum, das Eltern die Möglichkeit gibt, sich durch Pädagogen, Psychologen – Fachleute – beraten zu lassen.

Zum Ulmer Zentrum: Das Ulmer Zentrum sei immer nur für einen begrenzten Zeitraum geplant gewesen. Die

Entscheidung sei weder vom Kultusministerium noch vom Wissenschaftsministerium getroffen worden. Die Universität selbst habe im Rahmen ihrer Autonomie die Aufgabe dieses



Quelle: Landtag

Instituts beschlossen. Es sei ein ganz kleines Institut gewesen, das dem jetzt entstehenden Kompetenzzentrum nur auf einem kleinen Gebiet entsprochen habe.

Was jetzt geplant sei, sei eine konsequente Weiterentwicklung des dezentralen Netzwerkes für verschiedene Altersgruppen. Schavan betonte, dass ja bekannt sei, dass es auch in Hessen ein solches Angebot (in einer gymnasialen Oberstufe, Anm. der Redaktion) gebe*. Baden-Württemberg wolle jedoch nicht erst zu einem solchen Zeitpunkt mit der Begabtenförderung ansetzen.

Die Ministerin erinnerte an Zeiten und Debatten, auch im Landtag, als ihr als bildungspolitische Schwachstelle vorgeworfen wurde, dass sie es mit Eliten und Hochbegabten könne. Deshalb könne sie auch jetzt, mit einem Schmunzeln, sagen: ‚Willkommen im Club!‘

FAZIT für den Zuhörer: Nach zwanzigjähriger Thematisierung in Deutschland ist ‚Hochbegabung‘ im baden-württembergischen Landtag angekommen: Die CDU sieht im Gymnasium Schwäbisch Gmünd mit Kompetenzzentrum einen weiteren Baustein ihrer dezentralen Bildungspolitik, die FDP spricht von einer zentralen Einrichtung mit zentraler Beratungsstelle, die SPD fordert die Fortführung der zentralen universitären Beratungsstelle in Ulm und eine dezentrale, bis jetzt noch nicht verwirklichte landesweite Förderung, die GRÜNEN wollen eine zentrale universitäre Beratungsstelle in Ulm und dezentrale flächendeckende Fördermöglichkeiten.

Quer durch die Parteien besteht weiterhin jede Menge Informationsbedarf zum Thema Hochbegabung. Dies bestätigten nicht nur die im Verlauf der Debatte aufgeworfenen Fragen, sondern zum Schluss auch der schulpolitische Sprecher der SPD Norbert Zeller mit seinem Antrag, diesem Diskussionsbedarf mit der Weitergabe des Themas an den Schulausschuss gerecht zu werden. CDU und FDP/DVP haben diesen Antrag mittels Abstimmung abgelehnt.

* Hessen weist die Oberstufen-Internatsschule Hansenberg ausdrücklich **nicht** als Hochbegabteneinrichtung aus, siehe auch LVH aktuell 12, S.18